



Saskia Richter

Entwicklung und Perspektiven grüner Parteien in Europa

Anschlussfähige politische Kraft in sich
wandelnden Systemen

■ Grüne Parteien in Europa haben sich zu einer eigenständigen politischen Kraft entwickelt. Nachdem sie in den 1990er Jahren Regierungsverantwortung meist mit sozialdemokratischen Parteien übernommen haben, können sie mittlerweile in Koalitionen mit konservativen Parteien regieren.

■ Die Sozialdemokratie in Europa sollte die grünen Parteien nicht mehr als »Fleisch vom eigenen Fleisch« betrachten, sondern sie als Konkurrenz und einen von vielen möglichen Koalitionspartnern sehen. Die sozialdemokratischen Parteien in Europa sollten ihren eigenen Handlungsrahmen ohne direkten Bezug zu Konkurrenzparteien festlegen. Dabei kann eine sozialdemokratische Politik ebenso für soziale Gerechtigkeit wie für ökologische und wirtschaftliche Nachhaltigkeit stehen, die auch der Sicherung und dem Entstehen von Arbeitsplätzen diene.

■ Grüne Parteien haben sich in den europäischen Parteiensystemen trotz schwieriger Gründungsbedingungen erfolgreich positioniert. In den thematischen Umfeldern Klimawandel und Globalisierung scheint es, als hätten sie passende Antworten gefunden. Trotzdem sind grüne Parteien für gesellschaftliche Eliten nicht uneingeschränkt glaubwürdig. Das Image der Alternativpolitik und das Betreiben von Klientelpolitik verhindert, dass grüne Parteien sich als Volksparteien etablieren.

DEZEMBER 2009

Inhalt

1	Grüne Parteien nach der Europawahl 2009	2
2	Systematisierung und Geschichte	2
3	Gründe für den Erfolg grüner Parteien	5
4	Schwarz-grüne Koalitionen in Europa	7
5	Programm grüner Parteien und die Bedeutung des Umweltthemas	8
6	Stärken und Schwächen grüner Parteien: Situationsanalyse	9
7	Bedeutung der Situation für die Sozialdemokratie	9
8	Literatur	10

1 Grüne Parteien nach der Europawahl 2009

Aus der Europawahl 2009, der siebten Direktwahl zum Europäischen Parlament, gingen die grünen Parteien gestärkt hervor. Die *GRÜNE/EFA*-Fraktion hat 14 Mandate hinzugewonnen und ist nach der Konstituierung mit 55 Abgeordneten vertreten. Dabei haben unter Daniel Cohn-Bendit vor allem die französischen Grünen zugelegt und sind wie die Abgeordneten aus Deutschland mit 14 Mandaten vertreten. Auch die deutschen, österreichischen und niederländischen Grünen profitierten von der Wahl, während grüne Parteien anderer Regionen stagnierten wie in Lettland, Luxemburg und Österreich. Insgesamt konnten die grünen Parteien in Europa mit 7,4 Prozent der Stimmen zwei Prozentpunkte hinzugewinnen.¹

Da die Wahlentscheidung bei den Europawahlen weniger strategisch getroffen wird als bei nationalen Parlamentswahlen, profitieren kleine Parteien generell. Dieses Phänomen war auch bei den Wahlen im Juni 2009 zu beobachten. Bemerkenswert ist zudem, dass die Wahlbeteiligung in allen 27 Mitgliedstaaten geringer ist als bei den nationalen Wahlen, wenn auch nicht gleichmäßig verteilt und mit abnehmender Tendenz seit 1979: 2004 lag die Wahlbeteiligung bei 45,5 Prozent, 2009 bei 43,2 Prozent.

Obwohl die grünen Parteien im Europäischen Parlament eine stabile Position einnehmen, sind die Situationen in den einzelnen Staaten Europas sehr unterschiedlich. So betont auch der Politikwissenschaftler Oskar Niedermeyer in einer FES-Analyse der Europawahl 2009 den Doppelcharakter der Wahlen zum Europäischen Parlament: Einerseits werden damit Mitglieder einer Institution auf der europäischen Ebene gewählt, andererseits seien sie immer auch nationale Nebenwahlen, deren Ergebnis von der nationalen Politikebene mitbestimmt werde.

Es gibt also Zusammenhänge zwischen den Wahlen in Europa und den nationalen Entwicklungen. Gleichzeitig ist die Situation grüner Parteien in den Ländern sehr unterschiedlich und nicht von der europäischen Ebene ableitbar. Das vorliegende Papier untersucht die Entwicklung grüner Parteien in den EU-Ländern seit ihrem Entstehen in den 1970er und 1980er Jahren. In welchen Ländern sind grüne Parteien erfolgreich? Wo gibt es keine grünen Parteien? Was sind die Ursachen?

Um diese Fragen zu beantworten, werden gesellschaftliche Situationen der Länder, Mitglieder, Wähler und Programme betrachtet. Sind grüne Parteien immer in Großstädten und universitären Hochburgen erfolgreich oder gibt es Ausnahmen? Und: Was hat es mit der These der »Verbürgerlichung« der Grünen auf sich; ist dies ein deutsches Phänomen oder eine Entwicklung, die auch in anderen europäischen Ländern zu beobachten ist? Aus der Situationsanalyse und dem Ausmachen von Stärken und Schwächen der Grünen werden Überlegungen über die Konsequenzen für die Sozialdemokratie in Europa und insbesondere in Deutschland abgeleitet.

2 Systematisierung und Geschichte

Grüne Parteien in Europa sind ab den frühen 1970er Jahren bis Mitte der 1980er Jahre in Westeuropa entstanden, ab 1989 in den Staaten Osteuropas. Dort gibt es grüne Parteien, die sich für klassische »grüne Themen« wie Umweltschutz und die Abschaffung der Atomkraft einsetzen. Dazu gehören etwa die Grünen in Ungarn und in der Ukraine, die noch direkt von einer nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl 1986 entstandenen Umweltbewegung gestützt werden.

Es gibt linke grüne Parteien wie *GroenLinks* in den Niederlanden, die über Wurzeln im pazifistisch-sozialistischen Milieu verfügt. (Auch in Dänemark gibt es die Rot-Grüne Allianz, die zu den Demokratischen Sozialisten zu zählen ist.) Innerhalb des grünen Lagers gibt es zudem Bauernparteien, die nicht nur ländliche Interessen vertreten, sondern teilweise sogar anti-modern auftreten. So gibt es Lettland ein rechts-grünes Bündnis zwischen Bauernverband und grüner Partei.

Zunächst ist festzustellen, dass die Interessenlagen der politischen Gruppen, die sich »grün« nennen, sehr unterschiedlich sind und nicht nur die politische Vertretung von Umwelthanliegen bedeuten. Seit 1979 vernetzten sich die Parteien auf europäischer Ebene. Doch erst seit 2004 gibt es die *Europäische Grüne Partei*.

Auf nationaler Ebene lassen sich die grünen Parteien in Europa in vier Kategorien einteilen: (1) Grüne mit Regierungsverantwortung, zu denen die Grünen in Belgien, Deutschland und Finnland gehören. (2) Grüne ohne Regierungsverantwortung und Mandate wie im Zweiparteiensystem in Großbritannien oder in Norwegen (das nicht zur Europäischen Union gehört). (3) Grüne ohne Regierungsverantwortung und mit Mandaten wie in Irland. Und (4) abgeschlagene grüne Parteien wie in Spanien oder Portugal.

¹ Die Zahlen orientieren sich an den Angaben des Europäischen Parlaments und den Daten vom Ende der 6. zum Übergang der 7. Legislaturperiode. Zit. nach <http://www.europarl.europa.eu/parliament/archive/elections2009/>.

Tabelle 1: Grüne nach der Europawahl 2009

EU-Land	Sitzverteilung gesamt nach Ländern gemäß dem Vertrag von Nizza	Grüne/EFA – Sitze (Veränderung zu 2004)	Anteil der Grünen im eigenen Land nach Sitzen
Belgien (BE)	22 (-2)	4 (+2)	18 %
Bulgarien (BG)	17 (-1)	0 (-)	0
Tschechische Republik (CZ)	22 (-2)	0 (=)	0
Dänemark (DK)	13 (-1)	2 (+2)	15 %
Deutschland (DE)	99 (=)	14 (+1)	14 %
Estland (EE)	6 (=)	1 (+1)	16 %
Finnland (FI)	13 (-1)	2 (+1)	15 %
Frankreich (FR)	72 (+6)	14 (+8)	19 %
Griechenland (EL)	22 (-2)	1 (+1)	4,5 %
Irland (IE)	12 (-1)	0 (=)	0
Spanien (ES)	50 (-4)	2 (-3)	4 %
Italien (IT)	72 (-6)	0 (-2)	0
Zypern (CY)	6 (=)	0 (=)	0
Lettland (LV)	8 (-1)	1 (=)	12,5 %
Litauen (LT)	12 (-1)	0 (=)	0
Luxemburg (LU)	6 (=)	1 (=)	16 %
Ungarn (HU)	22 (-2)	0 (=)	0
Malta (MT)	5 (=)	0 (=)	0
Niederlande (NL)	25 (-2)	3 (+1)	12 %
Österreich (AT)	17 (-1)	2 (=)	12 %
Polen (PL)	50 (-4)	0 (=)	0
Portugal (PT)	22 (-2)	0 (=)	0
Rumänien (RO)	33 (-2)	0 (-)	0
Slowenien (SI)	7 (=)	0 (=)	0
Slowakei (SK)	13 (-1)	0 (=)	0
Schweden (SE)	18 (-1)	3 (+2)	16,6 %
Vereinigtes Königreich (UK)	72 (-6)	5 (=)	6,9 %
Gesamte EU	736 (785)	55 (+14)	7,5 %

Quelle: Zu den Angaben nach der Europawahl 2009 www.europarl.de Stand 15.10.2009; Angaben der Differenzen nach eigener Berechnung.

Aus dieser Einteilung lassen sich Faktoren für den Erfolg grüner Parteien ableiten: (1) Koalitionsfähigkeit und die Bedeutung des Koalitionspartners, (2) die Gestaltung des Parteien- und Regierungssystems und (3) die gesellschaftliche Interessenlage sowie die parteipolitische Konkurrenz im eigenen Land.

Vor einer genaueren Untersuchung der Erfolgsfaktoren erfolgt eine Übersicht über die Entwicklung grüner Parteien in den Regionen:

2.1 Grüne Parteien in Nordeuropa

Die unterschiedliche Bedeutung grüner Parteien in Skandinavien beschreibt Michael Blum im Handbuch der Heinrich-Böll-Stiftung »Die Grünen in Europa«. Einerseits haben sich hier sozialistische Parteien schon früh mit Umweltproblemen befasst und den gesellschaftlichen Konflikt der 1970er/1980er Jahre, an dem die Umweltparteien entstanden sind, integriert. Gleichzeitig gründete sich in **Schweden** 1981 die *Miljöpartiet de Gröna* und zog 1988 ins Parlament

ein. Die schwedischen Grünen arbeiteten ab 1998 mit einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung zusammen und schlugen den sogenannten »schwedischen Weg« als »dritten Weg« zwischen Kapitalismus und Sozialismus ein.

Besonders erfolgreich sind die Grünen in **Finnland** *Vihreä Liitto*, die sich seit den 1970er Jahren auf kommunaler Ebene und seit den frühen 1980er Jahren auf nationaler Ebene entwickelten. 1995 erlangten die Grünen in Finnland in Kooperation mit den Sozialdemokraten Regierungsverantwortung, in der sie 1999 bestätigt wurden. 2002 allerdings verließen sie die Regierung aus Protest gegen den parlamentarischen Beschluss über den Bau eines neuen Atomkraftwerks. Die grüne Partei ist ein fester Bestandteil der finnischen Parteien- und Regierungslandschaft. Insbesondere bei den Kommunalwahlen in Helsinki erzielte sie einen großen Erfolg.

Zwei schwache Kandidaten sind in Norwegen und in Dänemark zu finden: In **Norwegen** entstand die *Miljøpartiet de Grønne* 1988 aus lokalen Umweltschutzgruppen. Wie die Berliner Parteienforscher Richard Stöss, Melanie Haas und Oskar Niedermayer schreiben, gibt es keine ökologische Partei im Parlament, dafür aber eine »Grünfärbung« der Sozialisten und der Bauernpartei. Die grüne Partei in **Dänemark** *De Grønne* entstand im Oktober 1983 und schaffte es kaum, sich zu etablieren; 2001 erhielt sie in einer Kooperation mit den Sozialisten vier Mandate im Nationalparlament. Da in Dänemark die »grüne« Konfliktdimension mit der traditionellen links-rechts-Dimension korrelierte, blieb für die Grünen zunächst kein Platz im Parteiensystem, den sie besetzen konnten.

2.2 Grüne Parteien in Zentral-Westeuropa

Grüne Parteien reüssieren vor allem im kontinentalen Kerneuropa mit zunehmender Tendenz. Sehr stark ist die parlamentarische Vertretung der ökologischen Parteien in **Luxemburg** und **Österreich**. 1983 gegründet, entwickelten sich die Grünen in Luxemburg seit 1995 als *Partei Dei Greng* (DG) zur »vierten politischen Kraft« im Parteiensystem. Sie verfolgen einen pragmatischen Kurs und sehen sich als Koalitionspartner aller drei klassischen Parteien, wenn inhaltliche Positionen wie Umwelt- oder Minderheitenschutz mit diesen zu erreichen sind. Die Grünen in Österreich zogen 1986 mit 4,8 Prozent der Stimmen ins Parlament ein. Seitdem ist ihre parlamentarische Vertretung stabil. 2002 erreichten sie 9,5 Prozent der Stimmen.

Gute Ergebnisse erzielt die grüne Partei in **Deutschland**. Die Grünen in Deutschland gründeten sich be-

reits 1980 und zogen 1983 ins Parlament ein. Sie waren an einer neu aufkommenden Konfliktlinie zwischen libertären und autoritären Wertesystemen (Oskar Niedermayer) entstanden. Folgende Ereignisse wirkten als Katalysatoren: die Auseinandersetzung um die Atomkraft, die Debatte um den NATO-Doppelbeschluss, auch eine steigende Anzahl von Asylanten- und Umsiedlerzahlen. Zudem profitierten die Grünen von dem Mobilisierungshintergrund, der mit den Neuen Sozialen Bewegungen der 1970er Jahre entstanden war.

Die **Belgischen** Grünen entwickelten sich seit ihrer Gründung getrennt als die flämischen Grünen *Groen* (ehemals *Agalev*) und die frankophonen Grünen *Ecolo*. Beide Parteien mussten 2003 empfindliche Wahlniederlagen hinnehmen, da sie von ihren Wählern für Entscheidungen, die während ihrer Regierungszeit getroffen worden waren, abgestraft wurden.

Ähnliche Schwierigkeiten hatten die Grünen in **Frankreich**, die Mitte der 1990er Jahre die Gunst der Wähler verloren und von 7,6 Prozent, die sie 1993 erreicht hatten, im Jahr 1997 auf 3,6 Prozent abrutschten. 2002 stabilisierte sich das Wahlergebnis bei 4,5 Prozent. Und äußerst erfolgreich war das Wahlergebnis bei der Europawahl 2009, bei der die Französischen Grünen acht Mandate hinzugewannen.

2.3 Grüne Parteien in Südeuropa

In **Portugal, Spanien, Italien** und **Griechenland** sind die grünen Parteien schwach und nur gelegentlich im Parlament vertreten. Als Gründe hierfür werden in der Parteienforschung neben Konzeptionslosigkeit und innerer Zerstrittenheit, eine geringe Nachfrage nach Neuer Politik und die schwache Verbreitung von postmaterialistischen Wertorientierungen genannt.

2.4 Grüne Parteien in Osteuropa

Die Entstehungsgeschichte grüner Parteien in postkommunistischen Ländern in Mitteleuropa ist eine andere als in Westeuropa. Zwar stand der Einsatz für Bürger- und Menschenrechte im Zentrum der Wende von 1989/90. Doch gleichzeitig sind die Konflikte des Westens, an denen sich die grünen Parteien in Westeuropa in den 1970er und 1980er Jahren gebildet haben, erst verspätet aufgetreten. Die Neuen Sozialen Bewegungen mit ihren unkonventionellen politischen Aktivitäten und die Expansion einer Öko-Philosophie, die Jon Burchell in seinem Buch »The Evolution of

Green Politics« als die zwei Schlüsselprozesse für die Gründung grüner Parteien genannt hat, gab es jenseits des Eisernen Vorhangs wenn überhaupt nur in rudimentären Ansätzen. So ist die Sensibilität für Umweltprobleme, der Wunsch nach höherer Lebensqualität und die Bereitschaft, sich für den Schutz gesellschaftlicher Minderheiten und Randgruppen einzusetzen, in der Tschechischen Republik erst mit zunehmendem Wohlstand gewachsen (Karl-Peter Schwarz: »Außen neureich, innen grün«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 09.05.2006). Hier gelang der grünen Partei der Aufstieg von einer außerparlamentarischen Politsekte zu einer gestaltenden Kraft.

3 Gründe für den Erfolg grüner Parteien

3.1 Werte- und Strukturwandel der 1970er Jahre ...

Die erste national organisierte grüne Partei in Europa gründete sich im Januar 1973 in Großbritannien in der Stadt Coventry. Die Gründer gaben der Partei den Namen *People* und bezogen sich direkt auf den »Club of Rome«, der 1972 die Studie »Die Grenzen des Wachstums« vorgelegt hatte. Strategisch gelang es der People-Partei nicht, sich mit den Umweltschutzverbänden zu verbünden. Nach ersten Wahlen nannte sich die Partei 1975 in *Ecology Party* um; 1985 erfolgte eine erneute Neubenennung in *Green Party*.

In Europa schlossen sich an die ersten Parteigründungen Wahlerfolge grüner Parteien auf kommunaler, europäischer und nationaler Ebene an. 1979 traten die ersten grünen Listen zur Europawahl an. Auch wenn die Wahlergebnisse noch niedrig waren, so dienten doch die Organisation des Wahlkampfes und die durch Wahlerfolge erlangte Parteienfinanzierung dem Gründungsprozess der Parteien. In Deutschland wurde so aus einer »Sonstigen Politischen Vereinigung – Die Grünen«, die 1979 angetreten war, eine Partei, die sich im Januar 1980 gründete und die bereits 1983 die parlamentarische Vertretung auf Bundesebene erlangte.

Ende der 1980er Jahre war der Gründungsprozess in Westeuropa nahezu abgeschlossen; die Parteien hatten sich in Ländern wie Frankreich, Belgien, Großbritannien, Luxemburg und der Bundesrepublik etabliert. Nach wie vor schwach waren die grünen Parteien in Dänemark, Norwegen und Portugal. Sie waren bis 1993 dort weder im nationalen Parlament noch im Europaparlament vertreten und verfügten nur über relativ lose Organisationsstrukturen und ei-

nen geringen Mobilisierungsgrad. Die Grünen in Großbritannien waren zudem aufgrund des Mehrheitswahlrechts benachteiligt.

Nach dem sozialpsychologischen Erklärungsansatz entstanden die grünen Parteien in Westeuropa aufgrund des Wertewandels hin zum Postmaterialismus. So zumindest lautete die Erklärung des US-amerikanischen Politikwissenschaftlers Ronald Inglehart, der die These in den 1970er Jahren aufstellte und den Wandel die »silent revolution« nannte. Danach entwickelten Menschen in wohlhabenden Gesellschaften eine Neigung zu postmaterialistischen Werten wie politischer Freiheit, Umweltschutz, Gesundheit, Glück. Diese Werte wurden verstärkt im Milieu der Neuen Sozialen Bewegungen vertreten, aus dem der Ansatz einer Neuen Politik und die parteipolitische Vertretung durch grüne Parteien hervorgingen. Dazu kam in den 1970er Jahren noch ein langfristiger Strukturwandel, dem die Gesellschaft unterworfen war.

3.2 ... trifft auf Lücken im Parteiensystem

Dennoch waren Struktur- und Wertewandel keine ausreichenden Faktoren, um die weltweite Entstehung einer Parteienfamilie zu erklären. Entscheidend für den Erfolg neuer Parteien war zudem die Unfähigkeit der etablierten Parteien, die neuen Fragestellungen in ihr Programm zu integrieren. Oft waren es die sozialdemokratischen Parteien, die es versäumten, Themen wie Umweltschutz, Nachhaltigkeit und Vorstellungen von Gesellschaft jenseits der Industrienationen so in ihrer Agenda zu verankern, dass nicht ganze Wählerkohorten zu den neu entstehenden grünen Parteien abwanderten. Die etablierten Parteien ließen also Interessenlücken im Parteiensystem entstehen, in denen sich die Alternativparteien profilierten. In den Ländern, in denen linke Parteien die Umweltproblematik erfolgreich aufnahmen, entstanden keine oder nur kleine alternative Parteien.

3.3 Weitere Erklärungszusammenhänge für die 1980er Jahre

Ferdinand Müller-Rommel hat in seiner 1993 erschienenen Studie »Grüne Parteien in Westeuropa. Entwicklungsphasen und Erfolgsbedingungen« weite Deutungszusammenhänge genannt, die die Wahlergebnisse der Grünen in den 1980er Jahren erklären: (1) Je höher die Bevölkerungsdichte in einem Land war, umso höher waren die Wahlergebnisse der Grünen. (2) Je höher die Disproportionalität im Verhältniswahlrecht war, umso höher waren die Wahl-

ergebnisse der Grünen. (3) Je niedriger die Wählerbewegung zwischen den politischen Parteien war, umso höher waren die Wahlergebnisse der Grünen. (4) Je stärker die Neuen Sozialen Bewegungen in einem Land waren, umso höher waren die Wahlergebnisse der Grünen. (5) Er schreibt zudem, dass »neue« Wertorientierungen und das Misstrauen der Bevölkerung gegenüber der Problemlösungskompetenz von nationalen Parlamenten die Wahlergebnisse der Grünen stark erklären.

3.4 Grüne Parteien in Osteuropa

In vielen Ländern Osteuropas entstanden vor den Wendejahren 1989/90 Umweltprotestbewegungen auch als Zeichen des antikommunistischen Widerstandes. In diesem Umfeld bildeten sich in den 1990er Jahren grüne Parteien, die zudem in Litauen, Estland, Slowenien und Bulgarien schon regierten bevor die westeuropäischen Parteien Ende der 1990er Jahre Regierungsämter übernahmen.

Tabelle II: Grüne Parteien in Europa – Letzte Wahlen und Erfolge

	Name	Letztes Wahlergebnis	Regierungsbeteiligungen
Belgien	Groen!	2007: 6,2 %	RB 1999–2003
	Ecolo	2007: 12,6 %	(beide Parteien)
Bulgarien	Bulgarian Green Party	2005: 0,5 %	RB 1990–1992
Tschechische Republik	Strana Zelených	2006: 6,3 %	RB 2007–2009
Deutschland	Bündnis 90/Die Grünen	2009: 10,7 %	RB 1998–2005
Estland	Eesti Roheline Liikumine	2007: 7,1 %	RB 1990–1992
Irland	Comhaontas Glas	2007: 4,7 %	RB 2007-
Griechenland	Ecologoi-Prasinoi	2007: 1 %	
Spanien	Los Verdes	2008: 1 %	
Frankreich	Les Verts	2007: 3,2 %	RB 1997–2002
Italien	Federazione die Verdi	2008: –	RB 1996–2001
Zypern	Cyprus GP	2006: 2 %	
Lettland	Latvijas Zala Partija	2006 16,7 %	RB 1993–1998; 2002–2004; RC 2004; RB -2009
Litauen			RB 1990–1992
Luxemburg	Dèi Grèng	2004: 11,6 %	
Ungarn	Zöld Demokraták	2006: 0,4 %	
Malta	Alternattiva Demokratika	2008: 1,3 %	
Niederlande	De Groenen	2006: –	
	GroenLinks	2006: 4,6 %	
Österreich	Die Grünen	2006: 10,4 %	
Polen	Zieloni2004	2007: –	RB 1997–2000
Portugal	»Os Verdes«	2005: 1,26 %	
Rumänien	Federatia Ecologista din Romania	2004: 1,4 %	RB 1991–1992
Slowenien	Stranka mladih Slovenije	2008: 2,1 %	RB 1990–1994
Slowakei	Strana Zelenych na Slovensku	2006: 1 %	RB 1998–2002
Finnland	Vihreä Liitto	2007: 8,5 %	RB 1995–2002; RB 2007-
Schweden	Miljöpartiet de Gröna	2006: 5,2 %	
Vereinigtes Königreich	People; Ecology Party; heute: The Green Party	2005: 2,9 %	
Schweiz	Grüne Partei	2007: 9,6 %	

Quelle: Eigene Zusammenstellung mit Bezug zu Wolfgang Rüdiger in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): »Grüne Parteien in Europa« und www.europeangreens.org; Abkürzung: RB = Regierungsbeteiligung; RC = Regierungschef.

3.5 Erfolgsfaktoren und erfolgreiche Parteien heute

Heute sind diejenigen grünen Parteien erfolgreich, die (1) koalitionsfähig sind und entweder mit sozialdemokratischen Parteien oder auch in anderen Konstellationen regieren können; dazu gehört es auch, fundamentalistische Gründungspositionen in den Bereichen der Umwelt-, Sozial- und Verteidigungspolitik zu relativieren. Zudem sind diejenigen grünen Parteien politisch erfolgreich, die (2) eine starke Oppositionsarbeit leisten. Gute Wahlergebnisse erzielen grüne Parteien zudem (3) in Ländern mit einer eher niedrigen Arbeitslosenrate und einem hohen Brutto-sozialprodukt.

Einige Beispiele: Die deutschen Grünen haben sich während ihrer Regierungszeit auch dadurch gekennzeichnet, dass sie Werte ihrer Gründungszeit relativiert haben. So hat Joschka Fischer, der während seiner Jugend gegen die NATO agierte, als Außenminister militärische Interventionen vorangetrieben. Die Grünen in Lettland werden vor allem von höheren Bildungsschichten gewählt, mit ihren Strukturen legt die Partei Wert auf demokratische Mitbestimmung, die Anzahl der Mitglieder steigt. Auch die Grünen in Finnland wollen demokratische Elemente in der Gesellschaft verstärken. In Frankreich haben sich die Grünen mit Daniel Cohn-Bendit als Führungsperson bei der Europawahl 2009 aus einer desolaten Lage heraus in eine Spitzenposition katapultiert.

4 Schwarz-grüne Koalitionen in Europa

In der *Zeit* vom 22. Oktober 2009 schrieb Peter Dausend, dass sich die Grünen in Deutschland zur Union öffneten und sich von alten Lagerzwängen befreiten (»Die neueste Mitte«). Schwarz-grüne Bündnisse in den Kommunen funktionierten gut, so könnte es auch für den Bund langfristig eine Option sein, mit CDU und CSU zu regieren. Zumal grünes Lebensgefühl zum Mainstream geworden sei: Die Deutschen ernährten sich bewusst, kauften spritsparende Autos, trennten Müll und wollten keinen Atomstrom. Doch was ist dran an der These der Verbürgerlichung grüner Parteien? Gibt es in Deutschland oder in anderen Ländern Europas eine neue »linke Mitte« aus linksliberalem Bürgertum und studentisch-alternativem Milieu, die eine Koalition aus grünen und konservativen Parteien stützen könnte?

Die Wählerschaft der Grünen unterscheidet sich signifikant von der Wählerschaft anderer Parteien. Seit den 1970er und 1980er Jahren waren die Wähler der Grünen auch im Milieu der Neuen Sozialen Bewe-

gungen beheimatet. Sie waren eher jung, gut ausgebildet und im öffentlichen Dienst angestellt. Noch heute überwiegt ein hoher Bildungsgrad in der Wählerschaft, die Einstellungen sind postmaterieil und eher basisdemokratisch orientiert. Die Wähler der Grünen, so argumentierte Ferdinand Müller-Rommel 1998, arbeiten dort wo der traditionelle Klassenkonflikt gewissermaßen nicht existent ist. So machen grüne Parteien in Europa auch heute Politik für soziale benachteiligte Gruppen, gewählt werden sie aber von Modernisierungsgewinnern, die sich Sozialpolitik leisten können und wollen. Gerade diese Bevölkerungsgruppe ist von ihrer Sozialstruktur sehr bürgerlich, alternativ-bürgerlich, aber bürgerlich. Zu beachten ist, dass es in Osteuropa zwar grün-alternative Wähler gibt, dass die Milieus in diesen Ländern aber nicht so stabil gewachsen sind wie die grün-alternativen Milieus in den Ländern Westeuropas.

Nach wie vor sind grüne Parteien in Städten stark: In Deutschland erzielte Hans-Christian Ströbele bei der Bundestagswahl im Berliner Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauer Berg-Ost ein Direktmandat. Vorher hatten die Grünen bei den Europawahlen auch in Freiburg und Stuttgart hohe Wahlergebnisse erzielt. In Finnland sind die Grünen in Helsinki stark, zumindest erreichte die Partei bei den Kommunalwahlen 2000 23,5 Prozent der Stimmen. In der Schweiz gelang den Grünen bei den Wahlen 2007 der Einzug in den Ständerat in den Kantonen Waadt und Genf. In England sind die Grünen in Brighton, Oxford, Lancaster und Norwich stark. In den Niederlanden erzielt *GroenLinks* in Utrecht und Amsterdam zuweilen mehr als 20 Prozent der Stimmen.

Konservative Wähler hingegen sind durchschnittlich älter, weniger gut ausgebildet und in ländlichen Gegenden angesiedelt. Ihre Einstellung ist traditioneller, Ehe und Familie spielen eine größere Rolle, sie sind nationaler orientiert, oft christlich. Aus dieser Perspektive scheint es, als würden sich konservative und grüne Wähler zumindest theoretisch ergänzen. Gleichzeitig sind in beiden Lagern Ressentiments vorhanden. In den Köpfen kämpfen nach wie vor die Hippie-Bilder gegen Spießbürger-Vorstellungen. Daher ist es von dem jeweiligen Spitzenpersonal einerseits, und von den Prägungen und Stimmungen der Basisorganisationen andererseits abhängig, ob Kooperationen in der Praxis umsetzbar sind. Dennoch – und vielleicht gerade wegen dieser Unterschiede – haben sich in den letzten Jahren schwarz-grüne Koalitionen in Europa gebildet:

In Oberösterreich sind Österreichische Volkspartei und Grüne 2003 eine Koalition eingegangen, die im Oktober 2009 verlängert wurde und ein Programm zur Schaffung von Öko-Jobs aufgelegt hat. Auf kom-

munaler Ebene gibt es schwarz-grüne Regierungen in Graz und Bregenz. Auf nationaler Ebene scheiterten schwarz-grüne Koalitionsverhandlungen nach der Parlamentswahl 2003.

In Irland, Finnland, Tschechien und Lettland sind grüne Politiker mit Konservativen an den Regierungsbildungen beteiligt. All diese Regierungen sind in den Jahren nach 2005 entstanden und nach dem Ende der rot-grünen Regierungsbildungen der 1990er Jahre. Für die grünen Parteien haben die Kooperationen mit den konservativen Parteien den Vorteil, dass sie sich besser abgrenzen können als gegenüber sozialdemokratischen Parteien. Die Profilbildung ist einfacher. Gleichzeitig sind Themen wie der Ausstieg aus der Atomenergie mittlerweile kein Ausschlusskriterium mehr: Finnland plant mit grüner Regierungsbeteiligung seinen sechsten Atomreaktor. Auch Lettland will seine Energielücken durch ein neues Kraftwerk schließen.

In Deutschland gilt die im Mai 2008 gebildete schwarz-grüne Koalition in Hamburg als Experiment. Noch ungewöhnlicher ist nun die im Saarland verabredete Jamaika-Koalition. Nach der Landtagswahl wirkte nicht die Ausschließlichkeit dieser Koalitionsoption, sondern insbesondere die von den Grünen als regierungsunfähig betrachtete Linkspartei als Treiber. Insgesamt bietet ein Bündnis aus CDU, FDP und Grünen ungleich mehr Konfliktpotential als ein traditionelles Zweierbündnis. Auf Bundesebene sind diese Koalitionen bei den Parteimitgliedern unbeliebt und werden auch von Spitzenpolitikern bisher nicht vorangetrieben.

Anzumerken bleibt hier, dass auf Bundesebene eine schwarz-grüne Koalition gebildet werden würde, sobald die arithmetischen Voraussetzungen stimmen. Bei solchen Gelegenheiten lockt die Machtoption auch grün-alternative Parteien zur Regierungsbildung. Dieser Fall ist in Irland eingetreten, wo die Grünen vor den Wahlen im Mai 2007 noch vor den Konservativen gewarnt hatten und nun mit 4,7 Prozent der Stimmen drei Minister stellen. Anders wird es bei den Dreier-Koalitionen sein: Hier werden die Parteien schon vor den Wahlen Anknüpfungspunkte zu potentiellen Koalitionspartnern herstellen müssen, die im Falle eines ausreichenden Wahlergebnisses Koalitionsbildungen ermöglichen.

5 Programm grüner Parteien und die Bedeutung des Umweltthemas

Wie beschrieben haben sich die Grünen in Europa an einer neuen Konfliktlinie gegründet, an der libertäre und autoritäre Wertvorstellungen auseinandergin-

gen. In Westeuropa gab es gleichzeitig eine Wende hin zum Postmaterialismus und konkret die Entwicklung Neuer Sozialer Bewegungen, deren Anhänger später oftmals mit grünen Parteien sympathisierten. Die Entwicklung grüner Parteien in Osteuropa begann später, oft erst ab 1989, und ging mit der Vertretung von Umweltinteressen sowie dem Einsatz für Bürgerrechte einher.

In der Tschechischen Republik, in der Bundesrepublik, Österreich, Finnland etc. ist das Eintreten gegen Atomkraft identitätsstiftend gewesen – auf nationaler Ebene ebenso wie auf internationaler Ebene. Gleichzeitig ist die Einsicht, dass die Globalisierung ein Umweltproblem mit sich gebracht hat, seit den 1970er Jahren Allgemeingut für demokratische Parteien in Europa geworden. So haben auch sozialdemokratische und konservative Parteien das Thema Umwelt seit den 1980er Jahren in ihre Programme aufgenommen. Für die deutsche Sozialdemokratie wird es nach wie vor sinnvoll sein, sich hier weiter zu behaupten und neben der Sozialpolitik auch Umweltschutz in Zusammenhang mit Unternehmensfreundlichkeit voranzubringen.

Aber auch grüne Parteien haben sich durch die Kooperationen mit sozialdemokratischen Parteien verändert: John Burchell schreibt, die Grünen in Deutschland haben einen Prioritätenwandel hinter sich; mittlerweile legen sie weniger Wert auf »soziale Umweltthemen« als viel mehr auf »Natur bezogene Umweltthemen«. Es kann davon ausgegangen werden, dass im Verhältnis zu den jeweiligen Koalitionspartnern eine Schärfung des Profils stattfindet.

Zudem sind grüne Parteien wie beschrieben nicht mehr die einzigen Parteien, die sich für nachhaltige Wirtschaftspolitik, Klimaschutz und alternative Energien einsetzen. Ökologische Themen sind in die Normalität der Gesellschaft vorgedrungen. Für wohlhabende Konsumenten ist es hipp, Biowaren einzukaufen. Mittlerweile profitieren nicht mehr nur Ökobauern vom Bio-Boom: Sobald die Marge ausreichend hoch ist, investieren Großkonzerne in alternative Energien. So hat das Erneuerbare Energien-Gesetz neue Industrien geschaffen, die mit Biomasse Gewinne erzielen. Ein weiteres Beispiel ist das »Desertec«-Projekt, an dem Unternehmen wie Siemens und RWE beteiligt sind, die in der Sahara Solarstrom erzeugen wollen.

Auf Wählerseite schließen sich »alternative« Lebensweise und konservatives Wahlverhalten nicht mehr aus. Auch gibt es genug FDP-Wähler, die Bio-Lebensmittel kaufen oder Wert auf Energieeffizienz in den eigenen vier Wänden legen. Die Zusammenhänge von »grünen« Lebensstilen und Wahlentscheidung sind also unübersichtlicher geworden. Der Einzug der Nachhaltigkeit in die Alltagswelt bedeutet

auch, dass grüne Parteien nicht automatisch die Stimmen jener Wähler bekommen, die besonderen Wert auf Klimaschutz legen.

Während der Europawahl 2009 haben die grünen Parteien die Diskussion um einen »Green New Deal« vorangetrieben, einen integrierten Politikansatz, der als Antwort auf die ökonomische, ökologische und soziale Krise des 21. Jahrhunderts gelten soll. Der »Green New Deal« wird nicht einheitlich diskutiert, basiert aber auf drei Säulen: (1) Entwicklung einer nachhaltigen Ökonomie, (2) Chancengleichheit und soziale Teilhabe, sowie (3) die Entwicklung eines Regelwerks für den globalen Kapitalismus.

Aus den Themen, die grüne Parteien besetzen, könnte einerseits abgeleitet werden, dass Umweltthemen wie Klimaschutz, Erneuerbare Energien und Nachhaltigkeit Themen sind, die seit den 1970er Jahren an Relevanz gewonnen haben und auch zukünftig relevant sein werden. Diese Themen können ebenso von grünen wie auch von anderen Parteien besetzt werden. Diese Entwicklung ist jedoch kein Indiz dafür, dass langfristig ein Erstarken oder gar eine Irrelevanz grüner Parteien in Europa droht.

6 Stärken und Schwächen grüner Parteien: Situationsanalyse

Wie also ist die aktuelle Situation grüner Parteien in Europa zu bewerten? Zunächst einmal ist die gegenwärtige Situation stabil. In einem Zeitraum von knapp 40 Jahren haben sich in fast allen europäischen Ländern grüne Parteien gegründet. Nach der oben aufgeführten Tabelle erzielen grüne Parteien in sechs Ländern bei den nationalen Wahlen über zehn Prozent der Stimmen. In fünf Ländern bringen sie zwar weniger als zehn, aber mehr als fünf Prozent der Wähler zur Stimmabgabe.

Das Phänomen grüner Parteien bezieht sich zwanzig Jahre nach dem Mauerfall nicht mehr nur auf Westeuropa, auch in Osteuropa haben sich grüne Parteien gegründet. In Lettland, Estland und der Tschechischen Republik waren diese Parteigründungen erfolgreich. Grüne Parteien werden zunehmend an Regierungsbildungen beteiligt. Dabei können sie mit sozialdemokratischen Parteien regieren, sind aber nicht mehr exklusiv auf einen einzigen Koalitionspartner angewiesen. Neuerdings kooperieren sie auch mit konservativen Parteien. Nach starken Verlusten der Sozialdemokraten und Sozialisten in Europa – bei der Europawahl in Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Österreich, Spanien, Portugal – werden bereits Bündnisse jenseits einer Festlegung auf ein linkes Lager diskutiert und ausprobiert.

Dennoch sind die Wähleranteile grüner Parteien nicht beliebig steigerbar. Grüne Parteien bleiben in erster Linie Klientelparteien, die den europäischen Volksparteien zwar Wähler streitig machen, die Position von Sozialisten, Sozialdemokraten oder Konservativen aber nicht einnehmen können. Und: Regierungsbeteiligungen grüner Parteien sind zunächst instabil. Grüne Parteien bilden den jeweils kleineren Koalitionspartner; sie können in dieser Position Themen setzen, sind aber nur eingeschränkt handlungsfähig, wie das Beispiel Finnland zeigt.

International kooperierten grüne Parteien und deren Vorgängerorganisationen schon in den 1970er Jahren auf transnationalen Ebenen der Neuen Sozialen Bewegungen. Seit den 1980er Jahren vernetzen sich grüne Parteien offiziell. 1984 gründeten sie die *Coordination of European Green Parties*. Das Gremium hatte zunächst noch keine Mandate. 1989 konnten die Grünen in Europa eine eigene parlamentarische Gruppe gründen. 1993 entstand die *European Federation of Green Parties*. Die internationale Vernetzung wird vorangetrieben, ist jedoch aufgrund der kürzeren Geschichte und der Unterschiedlichkeiten grüner Parteien in Europa organisatorisch weniger fest als bei älteren Parteien.

7 Bedeutung der Situation für die Sozialdemokratie

Die Sozialdemokratie in Europa musste während der letzten Wahlen starke Verluste verkraften: In Frankreich stürzte die *Parti Socialiste* bei den Europawahlen 2009 auf 16,5 Prozent ab, während die Grünen 16,3 Prozent erreichten; beide Parteien erlangten 14 Mandate. In Österreich verlor die SPÖ bei der Europawahl mehr als neun Prozent; allerdings verloren auch die Grünen drei Prozent. Dramatisch waren auch die Einbrüche für die *Labour Party* in Großbritannien, die nur knapp 16 Prozent erzielte und damit an einem Tiefpunkt ihrer Geschichte angekommen war. Um Cornwall und Kent waren die Grünen stärker als die Sozialdemokraten; nur noch in den Industriestädten des Nordostens konnte die Partei stärkste Kraft bleiben, doch auch dort ging der Stimmenanteil auf 25 Prozent zurück.

Albrecht von Lucke schreibt, dass die Krise der Linken vor allem in der fehlenden Machtoption begründet liege. Offensichtlich gehe zudem ein sozialdemokratischer Regierungszyklus zu Ende, der Ende der 1990er Jahre unter »New Labour« und »Neuer Mitte« bekannt geworden war. Sicherlich richtig ist, dass es zukünftig nicht mehr nur linke Koalitionen aus Sozialdemokraten und/oder Linken und Grünen

in Europa geben wird, sondern dass sich neue Koalitionsformen finden. Möglicherweise jedoch gehören die Kategorien der Lagerbindung der Vergangenheit an. Die Parteien müssten sich dann jenseits der Lager in von Vielfalt geprägten Parteiensystemen positionieren.

Zwar verlieren Sozialisten und Sozialdemokraten an grüne Parteien. Sie verlieren aber auch an Konservative und Liberale und an den Block der Nichtwähler. Mit diesen Verschiebungen im Parteiensystem endet vielleicht eine Phase, in der linke Parteien ausschließlich in eigenen Koalitionen regieren konnten. Mit den Verschiebungen der Wählerpräferenzen in den letzten Jahren gewinnen die konservativen Parteien, in manchen Ländern auch rechte Parteien. Mit diesen Veränderungen und den neuen Kräften in den Systemen werden neue Koalitionen auch für die Grünen möglich.

Für die Sozialdemokratie bedeutete diese Entwicklung einerseits, den Strukturwandel der letzten Jahre zu akzeptieren und zu begreifen, dass eine Phase für eine Partei, die ihre Wählerschaft auch in einer Industriearbeiterschaft generierte, zu Ende geht. Ein Jahr nach der Finanzkrise muss die Sozialdemokratie neue Antworten jenseits des »Dritten Weges« und der »Neuen Mitte« formulieren, damit ehemalige Wähler zurückgewinnen und neue Wählergruppen erschließen. Das wird aber nur gelingen, wenn sich die Parteien ihrer eigenen Leistungen bewusst werden, den gesellschaftlichen Wandel akzeptieren und eine Neuausrichtung erreichen, die linke und progressive Flügel innerparteilich integriert. Die deutsche Sozialdemokratie sollte die Ansichten ihrer Mitglieder verstärkt berücksichtigen und als Volkspartei gleichzeitig politische Lösungen für die gesamte Gesellschaft entwickeln.

8 Literatur

- Burchell, Jon (2002): *The Evolution of Green Politics – Development and Change within European Green Parties*, London.
- Dausend, Peter (2009): Die neueste Mitte, in: *Die Zeit*, 22.10.2009.
- Dietz, Thomas (1997): *Die grenzüberschreitende Interaktion grüner Parteien in Europa*, Opladen.
- Doering-Manteuffel, Anselm; Raphael, Lutz (2008): *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, Göttingen.
- Gehlen, Andreas von (2005): *Europäische Parteiendemokratie? Institutionelle Voraussetzungen und Funktionsbedingungen der europäischen Parteien zur Minderung des Legitimationsdefizits der EU*, Berlin.
- Green New Deal (2009), in: Böll. Das Magazin der Heinrich-Böll-Stiftung, 1.
- Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.) (2004): *Die Grünen in Europa. Ein Handbuch*, Münster.
- Horaczek, Nina (2008): Pragmatisch flirteten, in: *Die Zeit*, 19.02.2008.
- Inglehart, Ronald (1977): *The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles among Western Publics*, Princeton.
- Lucke, Albrecht von (2009): Europa und die Krise der Linken, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 7, 5–8.
- Luke March (2008): Parteien links der Sozialdemokratie in Europa. Vom Marxismus zum Mainstream?, In: *Internationale Politikanalyse der Friedrich Ebert Stiftung*, November 2008.
- Mittag, Jürgen (2009): Europäische Parteien im Wandel, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 23–24.
- Müller-Rommel, Ferdinand (1993): *Grüne Parteien in Westeuropa*, Opladen.
- Müller-Rommel, Ferdinand (1998): Explaining the Electoral Success of Green Parties: A Cross-national Analysis. *Environmental Politics* 4, 7, 145–154.
- Müller-Rommel, Ferdinand; Poguntke, Thomas (Hg.) (2002): *Green Parties in National Governments*, London. Portland.
- Ismayr, Wolfgang (Hg.) (2009): *Die politischen Systeme Westeuropas*, Wiesbaden.
- Niedermeyer, Oskar; Stöss, Richard; Haas, Melanie (Hg.) (2006): *Die Parteiensysteme Westeuropas*, Wiesbaden.
- Niedermeyer, Oskar (2009): *Europawahl 2009. Zusammenhänge, Ergebnisse und Folgen*, Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Schwarz, Karl-Peter (2006): Außen neureich, innen grün, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 09.05.2006.



Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Politikanalyse
Abteilung Internationaler Dialog
D-10785 Berlin

www.fes.de/ipa
E-Mail: info.ipa@fes.de

ISBN 978-3-86872-231-4

Bestellungen

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Politikanalyse
Nora Neye
D-10785 Berlin

E-Mail: info.ipa@fes.de
Fax: +49 (30) 2 69 35-92 48

Alle Texte sind online verfügbar:

www.fes.de/ipa

Die in dieser Publikation zum Ausdruck kommenden Meinungen sind die des Autors/der Autorin und spiegeln nicht notwendigerweise die Meinung der Friedrich-Ebert-Stiftung wider.